81

sionen gegen diese Regierung der finstersten Reaktion zu entfalten.

Gegen diese Regierung muß der außerparlamentarische Massenkampf, die Streiks der Betriebsarbeiter, die Massenaktionen der Erwerbslosen, der Kampf der armen Bauern und des städtischen Mittelstandes, geschaffen werden. Nicht mit dem Stimmzettel, sondern durch den proletarischen Klassenkampf wird die faschistische Generaldiktatur und die Herrschaft des Hitlerfaschismus verhindert.

Die deutsche Arbeiterklasse, zusammengeschmiedet in ihrer millionenstarken Einheitsfront, muß erklären:

Wir dulden nicht die Herrschaft der Barone, Generale und Trustkapitalisten!

Wir dulden nicht den Machtantritt des blutigen Hitlerfaschismus!

Wir dulden nicht, daß offene faschistische Diktatur noch schlimmeres Elend über die Massen bringt!

In den Reihen der Arbeiter aller Richtungen wächst der Wille zur großen Einheitsfront des antifaschistischen Kampfes. Es werden in den Betrieben Stimmungen für den Generalstreik laut. Die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß es wie bisher mit der Brüning-Hindenburg-Severing-Politik nicht mehr weiter gehen kann. Sie lernen die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks erkennen.

Die Größe der faschistischen Gefahr erfordert, daß die Kommunisten mit kühnem Mut sich an die Spitze der breitesten antifaschistischen Mobilmachung stellen!

Der sozialistische Aufbau und die Lage der russischen Arbeiterschaft

Darüber spricht am Donnerstag, dem 9. Juni, 19.30 Uhr, im *Keglerheim*, der Rußlanddelegierte *O. Rentzsch*, Betriebsrat von Seidel & Naumann.
Eintritt: Für Betriebsarbeiter 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Werftarbeiter streiken

Bremer Vulkanwerft in Vegesack gegen den Lohnabbau in den Streik getreten

Bremen, 6. Juni. (Eig. Meldung.)

Die gesamte Belegschaft der Bremer Vulkanwerft in Vegesack – 1000 Arbeiter – ist heute früh geschlossen in den Streik gegen den Lohnabbau auf den Seeschiffswerften getreten. Die Arbeiter haben auf der Grundlage der Einheitsfront eine Streikleitung gebildet und den Zugang zur Werft durch Streikposten gesichert. – Nur einzelne Meister und Lehrlinge befinden sich auf der Werft. Die Kampfstimmung der Vulkan-Arbeiter ist ausgezeichnet.

Der Streik der 1000 Werftarbeiter in Bremen wird in ganz Deutschland mächtigen Widerhall finden. Schon schreien die Unternehmer, daß die vertraglich festgelegte Ablieferung von Motortankschiffen durch den Streik gefährdet sei. Gerade jetzt müssen die Betriebsarbeiter, gestützt auf die volle Solidarität der Erwerbslosen, im Streik gegen den Lohnabbau die faschistischen Vorstöße der Unternehmer zurückweisen und so eine feste Grundlage für die Schaffung der roten Einheitsfront zum Vorstoß gegen die faschistische Ausbeutergesellschaft schaffen.

Lohnraub abgewehrt

Am 2. Juni rief die Belegschaft der Baustelle Straßenbau Bockau-Plauental das Ortskomitee der RGO Aue an, sofort einen Vertreter nach dieser Baustelle zu entsenden. Der Unternehmer Frommer aus Schönheide wollte den Arbeitern nicht mehr den Lohn nach Lohnklasse 1, sondern nur noch die Lohnklasse 2 zahlen. Der Vertreter des Ortskomitees, Genosse Arnold, hielt sofort eine Belegschaftsversammlung ab, wo einmütig beschlossen wurde, gegen dieses Unternehmerdiktat die Arbeit niederzulegen.

Nach sofortiger kurzer Verhandlung war der Unternehmer durch die Geschlossenheit der Bauarbeiter gezwungen, den Lohn weiter zu zahlen. Dieses Beispiel zeigt allen Bauarbeitern, daß es möglich ist, durch geschlossenes Auftreten den Lohnraub abzuwehren. Kollegen Bauarbeiter, schließt euch deshalb restlos der RGO an, sie ist die Führerin im Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsraub! Der Kampf für Arbeit und Brot ist zugleich auch der Auftakt zur Antifaschistischen Aktion!

Metallarbeiterkampf siegreich

Passive Resistenz verhindert Lohnabbau

Solingen, 6. Juni.

Aus Protest gegen die ständigen Akkordabzüge im Metallbetrieb Schlemper, der zum Krochling-Konzern gehört, traten die Schlägereiarbeiter in passive Resistenz. In einer Belegschaftsversammlung wurde eine Tarifkommission aus fünf Kollegen aller Richtungen gewählt. Unter dem Druck der einmütig durchgeführten passiven Resistenz mußte die Direktion kapitulieren und alle Forderungen bewilligen.

Kampfbeschluß der Neptunwerft

Die Werftbesitzer kommen aus

Rostock, 7. Juni (Eig. Drahtbericht)

Nachdem die Belegschaft der Neptunwerft in geheimer Abstimmung sich mit 87 Prozent gegen das Lohnabbaudiktat der Werftbesitzer und für den Kampf ausgesprochen hatte, wurde die Neptunwerft heute morgen von der Direktion geschlossen. Alle Werftarbeiter wurden ausgesperrt.

Revolution in Chile

Santiago de Chile, 5. Juni.

Im Zusammenhang mit einer Meuterei der Luftkreuzerstaffel des südamerikanischen Staates Chile (über die wir auf der dritten Seite berichten) ist die Revolution ausgebrochen, die heute nachmittag zur Ausrufung der sozialistischen Republik führte.

Der in der Militärfliegerschule Possuc bei Santiago gebildete revolutionäre Ausschuß richtete am Sonnabend noch an die Regierung ein Ultimatum, zurückzutreten. Gleichzeitig wurde ein Dreierausschuß, an dessen Spitze der General Puga stand, beauftragt, die Macht zu übernehmen. Als die Regierung sich weigerte, schlossen sich die Truppen der Provinz der Bewegung an und verweigerten der Regierung den Gehorsam. Militärflieger überflogen die Stadt.

Bei einem Menschenauflauf in den Straßen der Hauptstadt wurde scharf geschossen, wobei es 3 Tote und 61 Verwundete gab.

Am Sonnabend früh trafen die Führer der Revolution im Regierungspalast ein und zwangen Montero, abzudanken.

Konterrevolutionärer Aufstand

Santiago de Chile, 6. Juni.

In Südchile ist eine Gegenrevolution ausgebrochen, die sich gegen das neugebildete sozialistische Kabinett richtet. Nach Meldungen aus dem Süden des Landes haben sich die Garnison von Concepcion und die Marinestation von Talcahuano den Gegenrevolutionären angeschlossen.

Hitler verbietet Streiks und Erwerbslosenkämpfe

Neue Terroraktionen der Nazis geplant. Organisiert im Betrieb, auf der Stempelstelle und in der Gewerkschaft die Antifaschistische Aktion

In den letzten Monaten haben die Nazis besonders große Anstrengungen gemacht, um die Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen für sich einzufangen. Deswegen mußte auch Straßer im Reichstag eine große Rede halten, in der alle sozialen Phrasen der Nazis zusammengefaßt wurden, und deshalb versuchen auch die nationalsozialistischen Agitatoren, Hitler immer wieder als den „Arbeiterfreund" hinzustellen.

Wenn sie unter sich sind, dann reden diese, von den Industriellen ausgehaltenen Nazidemagogen allerdings eine andere Sprache. Ein anschauliches Beispiel gibt erneut folgender Bericht:

Auf einem Amtswalterkursus der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation Berlin-Mitte erklärte der Referent Spierock:

„Ich möchte hier erklären, daß im nationalsozialistischen Staat nicht gestreikt werden kann. Das Streikrecht wird abgeschafft und der Streik wird als staatsgefährlich unter Strafe gestellt. Im nationalsozialistischen Staat werden die Forderungen ein für allemal festgelegt, und es besteht dann keine Ursache, diese Festlegungen gewaltsam zu ändern."

In demselben Kursus führte Spierock gleichzeitig aus, welche Rolle die Nazis den Betriebsräten zudenken wollen. Sie sollen zu einem Hilfsorgan der Unternehmer, zur besseren Ausplünderung der Belegschaft werden. Er führte aus:

„Der Betriebsrat soll andere Funktionen haben als heute. Er hat keine Rechte, sondern lediglich beratende Stimme im ‚betriebsverbessernden' Sinne."

Gleichzeitig liegt uns ein Dokument vor, das beweist, daß die Naziführer die Kämpfe der Erwerbslosen um ausreichende Unterstützung, um Arbeit und Brot mit demselben Haß verfolgen, wie die Kämpfe der Betriebsarbeiter um ausreichenden Lohn. Die Nationalsozialistische Betriebsorganisation verschickte ein Rundschreiben, in dem Anweisungen der Reichsleitung der NSDAP über die Einstellung zur Erwerbslosenbewegung mitgeteilt werden. Dort heißt es:

„Erwerbslosenausschüsse: Hierzu haben sich die NS und PG auf keinen Fall zu beteiligen. Ueber die Arbeit dieser meist kommunistisch eingestellten Erwerbslosenausschüsse haben die Parteidienststellen der zuständigen NSBO-Gauleitung monatlich zu berichten . . . Nachmals sei darauf hingewiesen, daß kein Pg. sich an den sinnlosen Aufmärschen pp. der RGO usw. in irgendeiner Form zu beteiligen hat."

Die Erwerbslosen führen einen verzweifelten Kampf um die Erhaltung ihrer letzten Hungergroschen. Die NSDAP, die sich in der Oeffentlichkeit als eine Partei hinstellen möchte, die auch die Interessen der Arbeitslosen vertritt, kommt dem bedrängten Finanzkapital zu Hilfe und verbietet ihren irregeführten Mitgliedern die Beteiligung an diesem Kampfe. Ja, die Naziproleten werden zur Bespitzelung der von den Erwerbslosen gewählten Erwerbslosenausschüsse aufgefordert.

Diese Dokumente und Ausführungen sind ein Alarmruf für die gesamte Arbeiterklasse, ein Alarmruf vor allem auch für die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter. Sie zeigen der Arbeiterschaft, was sie von einer Regierung unter nationalsozialistischer Führung zu erwarten haben. Die Papenregierung ist bereits gebildet, um den Nazis den Weg zur Regierungsbeteiligung freizumachen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie finden sich jetzt bereits mit dieser Regierung ab. Sie werden weiterhin alles tun, um durch die Abwürgung der Arbeiterkämpfe, wie jetzt wieder bei dem Bauarbeiterstreik, durch die Mitwirkung bei Lohnabbauschiedssprüchen und durch die Abschließung freiwilliger Lohnabbauvereinbarungen, außerparlamentarisch der Papenregierung und den Nazis alle Widerstände aus dem Wege zu räumen.

Für die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere für die Millionen Gewerkschaftsmitglieder, ist das eine Mahnung, daß sie nur durch die

Einreihung in Antifaschistische Aktion

den Plänen der Nazis, die die Pläne des Finanzkapitals sind, entgegentreten können.

In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen gemeinsame Beschlüsse zum Kampf gegen die Regierung Papen gefaßt werden. Gemeinsam gilt es, an den Stempelstellen den Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen zu organisieren. In jedem Betrieb und in jeder Betriebsabteilung müssen konkrete Maßnahmen des Widerstandes gegen den Lohnabbau beschlossen werden. In breitester Einheitsfront müssen alle antifaschistischen Arbeiter gegen den Naziterror und die Naziagitation in Betrieb und Stempelstelle vorgehen! Gemeinsam gilt es, den Kampf um die Entfernung faschistischer Antreiber aus den Betrieben aufzunehmen. Dabei gilt es gleichzeitig, den irregeführten Naziproleten klarzumachen, zu welcher erbärmlichen Rolle im Dienste des Finanzkapitals sie mißbraucht werden sollen.

Bilder in allen Betrieben und Stempelstellen Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion, die diesen Kampf organisieren.

Ueberfall der SA-Mordbanditen auf Reichsbannerleute

In Eberswalde wurde eine Fahrradabteilung von 15 Reichsbannerarbeitern, die einen Ausflug unternommen hatten, von 200 Hitlerbanditen aufgehalten und überfallen. Mit Schlagringen, Koppeln, Stahlruten und Stöcken schlugen die Nazis auf die Reichsbannerarbeiter ein. Fünf 20 Reichsbannerkameraden erhielten erhebliche Verletzungen.

Die Polizei brachte insgesamt 250 an dem Zusammenstoß beteiligte Personen auf das Eberswalder Polizeiamt.

Trotz Nazi- und Regierungsterror in Meklenburg:

Weitere Erhöhung der KPD-Stimmen

Stimmenzunahme in den Städten. Hakenkreuzmordterror auf dem Lande

Berlin, 7. Juni. (Eig. Meldung.)

Von der am Sonntag stattgefundenen Landtagswahl in Meklenburg-Schwerin wird gestern abend folgendes neue Ergebnis amtlich bekanntgegeben:

Kommunisten	27 406	3 Sitze
Sozialdemokraten	108 358	18 Sitze
Nationalsozialisten	177 029	30 Sitze
Deutschnationale	32 875	3 Sitze
Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte	7 899	1 Sitz
Arbeitsgemeinschaft nationaler Meklenburger	7 492	1 Sitz

Nach diesem neuen Ergebnis erhöht sich die von uns gestern gemeldete Stimmenzahl der KPD um 156 Stimmen und die Zahl der Mandate von 4 auf 5 gegenüber 3 Mandaten im alten Landtag. Dieses Ergebnis kann als ein guter Erfolg gewertet werden, da der Wahlkampf der KPD im Zeichen des stärksten Nazi- und Regierungsterrors stand. Das kommt auch besonders in der Betrachtung der Einzelergebnisse zum Ausdruck:

In Rostock erhielt die KPD 4828 Stimmen gegenüber 4224 bei den Reichstagswahlen 1930 und 3975 bei dem zweiten Reichspräsidentenwahlgang. In Schwerin erhielt die KPD 1054 Stimmen gegenüber 906 bei den letzten Reichstagswahlen und 921 beim zweiten Reichspräsidentenwahlgang. In beiden Städten hat die SPD einen starken Rückgang ihrer Stimmen zu verzeichnen. Zweifellos ist ein Teil dieser SPD-Wähler zur roten Einheitsfront gestoßen, während ein anderer Teil zu den Nazis überlief.

Auf dem Lande dagegen hat die Kommunistische Partei vielfach einen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Das hängt mit dem Naziterror zusammen, der von den SA-Mordbanden gemeinsam mit den faschistischen Junkern und Großagrariern ausgeübt wurde. Aus der großen Zahl der uns gemeldeten Ueberfälle wollen wir nur einen herausgreifen, der kraß die faschistischen Terrormethoden der Nazis kennzeichnet.

Am Mittwoch, dem 1. Juni, überfielen 80 SA-Banditen unter Führung des Grafen v. Grote eine kommunistische Wahlversammlung in Karolinenhof bei Stavenhagen. Nach Beendigung der Versammlung schlugen die SA-Leute auf die Arbeiter ein, von denen ein Teil sich in die Wohnung eines parteilosen Arbeiters flüchtete. Die Nazis schlugen die Haustür dieser Wohnung ein und trampelten die Frau des Wohnungsinhabers, die ihnen entgegentrat, nieder. Das in der Wiege liegende einjährige Kind des Arbeiters wurde herausgeworfen.

Die Arbeiter, die sich verbarrikadiert hatten, wehrten sich energisch gegen diese Banditen, die sämtliche Türen der Wohnung einschlugen. Auf dem Nachhauseweg lauerten die Nazis einzelnen Arbeitern auf und warfen sie in den Dorfteich.

Zu dem Naziterror kam noch die amtliche Unterdrückung. Die einzige Zeitung der KPD in Meklenburg wurde, wie wir gestern bereits meldeten, 14 Tage vor der Wahl verboten, so daß sie konnte nur noch in den letzten Tagen in dem Wahlkampf eingreifen. Die meklenburgische Regierung verbot am 1. Juni sämtliche kommunistische Demonstrationen und Wahlversammlungen für Schwerin. Angesichts dieses ungeheuerlichen Terrors hat sich die Kommunistische Partei außerordentlich gut geschlagen und im praktischen Kampfe erwiesen, daß sie die einzige antifaschistische Partei des deutschen Proletariats ist.

Neuer Wahlerfolg der KPD!

Rückgang der Nazistimmen

Magdeburg, 6. Juni (Eig. Bericht)

Am gestrigen Tage fanden in Schönebeck, Frose und Bad Salzelmen Stadtverordnetenwahlen statt. Die Neuwahlen ergaben sich auf Grund der vor kurzem durchgeführten Eingemeindung der drei Orte Schönebeck, Salzelmen und Frose. Die SPD war im alten Parlament mit 17 Mandaten uneingeschränkte Herrscherin. Trotz schwächerer Wahlbeteiligung konnten die Kommunisten ihre Stimmen erhöhen, während alle anderen Parteien verloren. Die Wahlbeteiligung betrug nur 75 Prozent. Eingereicht waren 5 Listen. Die Neuwahlen ergaben folgendes Bild:

KPD	3 034 Stimmen,	6 Mandate	(2 596, 2 717)
SPD	5 992 Stimmen,	12 Mandate	(7 945)
Deutschnationale	1 794 Stimmen,	3 Mandate	(1 122)
Nationale Mitte	780 Stimmen,	1 Mandat	
NSDAP	6 572 Stimmen,	14 Mandate	(7 967, 7 579)

Die erste Zahl in der Klammer: 2. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl; zweite Zahl: Landtagswahlwahl in Preußen am 24. 4. 1932.

Wettervoraussage

Meist schwache Winde aus Richtungen um Nordwest. Langsame Bewölkungsabnahme, örtlich Nebel. Tagsüber etwas wärmer. Zunächst noch vorübergehende leichte Niederschläge.